

Die SPD-Bezirkstagsfraktion 2018-23:

Sven Ehrhardt, Dr. Horst Krömker, Christa Naaß, Gisela Niclas

Bezirkstagsfraktion
Mittelfranken

SPD

Die Kandidierenden der SPD Mittelfranken

für die Bezirkstagswahl am 8. Oktober 2023:

Michaela Ebner, Sven Ehrhardt, Arne Engelhardt, Sabine Knuhr,
Iris Lederer, Christian Pech, Paul Pfeiffer, Magdalena Reiß,
Bernhard Schurz, Victor Strogies, Sophia Waldmann, Elke Maria Zahl

Mittelfranken, August 2023

Schwerpunkte und Forderungen für unsere Arbeit 2023-2028:

Gute Ideen und starke Köpfe für unseren Bezirk!

Die amtierende Bezirkstagsfraktion hat ihre Erfahrungen und Erfolge der laufenden Amtszeit 2018-23 in einer Bilanz dokumentiert. Die ist nachzulesen auf der Homepage www.spd-mittelfranken.de.

Das [Landeswahlprogramm der SPD](#) enthält die sozialdemokratischen Grundsätze und Forderungen für die Landtags- und Bezirkstagswahlen 2023 in Bayern.

Auf diesen Grundlagen haben die SPD-Bezirkstagsfraktion und die Kandidierenden der MittelfrankenSPD ihre Forderungen und Schwerpunkte für die kommende Amtszeit des mittelfränkischen Bezirkstages konkretisiert.

Unsere sozialdemokratische Richtschnur für unser politisches Handeln:

Wir setzen uns weiter mit aller Kraft ein für Teilhabe aller Menschen in einer Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Diskriminierung, für Respekt und Toleranz. Gute Sozialpolitik stärkt den Zusammenhalt und beugt dem zunehmenden Rechtsextremismus vor.

Vote 16! Wir fordern die Herabsetzung des Wahlalters, wir wollen die Teilhabe von jungen Menschen an Politik fördern.

Wir fordern das Wahlrecht für hier lebende Bürgerinnen und Bürger der EU an den Bezirkswahlen. Was es in den Städten, Gemeinden und Landkreisen als der ersten und zweiten kommunalen Ebene bereits gibt, muss auch auf der dritten Ebene, dem Bezirk, politisch möglich gemacht werden.

Wir fordern vom Freistaat eine bessere Finanzierung durch angemessene Beteiligung der Bezirke am Steueraufkommen auf der Grundlage des § 15 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (BayFAG).

Wir wollen weiter arbeiten für den Zusammenhalt in Europa durch Gestaltung und Festigung unserer Regionalpartnerschaften. Diese Friedenspolitik ist angesichts des Ukrainekriegs schwieriger geworden, aber Austausch und Verständigung der Völker über Grenzen hinweg ist und bleibt die beste Antwort auf Nationalismus und Rechtsextremismus.

Wir sind bereit, mit allen demokratischen Parteien im Bezirkstag von Mittelfranken zusammen zu arbeiten.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit der Allianz gegen Rechtsextremismus fortführen, vertiefen und stärker finanziell unterstützen.

Auch in Zukunft wird es für uns keine Kooperation mit der AfD geben, kein bewusst kalkuliertes Abstimmungsverhalten und keine Absprachen vor Abstimmungen.

Der Bezirk Mittelfranken als dritte kommunale Ebene

... kümmert sich vor allem um Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige. Er verwendet 89 % seines 1 Milliarde Euro umfassenden Etats für soziale Aufgaben.

... ist Träger verschiedenster Einrichtungen, z.B. der Bezirkskliniken Mittelfranken, des bundesweit bedeutsamen Landwirtschaftlichen Bildungszentrums Triesdorf, des Fränkischen Freilandmuseums Bad Windsheim u.a.

... fördert Bildung und Berufsausbildung mit einer ganzen Reihe von eigenen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

... ist mit 5000 Mitarbeitenden einer der größten Arbeitgeber der Region

... unterstützt und finanziert die inklusive Arbeit des Bezirksjugendrings in den Bereichen politische Bildung, Kultur, Jugendaustausch in Europa und bei der Initiative „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“.

... ist zuständig für Heimat- und Denkmalpflege, fördert Sportverbände und Vereine, Regional- und Direktvermarktung, Umweltschutz und nachhaltigen, barrierefreien Tourismus im fränkischen Seenland

... unterstützt durch seine Regionalpartnerschaften Völkerverständigung und Begegnung in Europa

... wird politisch gestaltet vom Bezirkstag. Dieser umfasst derzeit 33 Sitze. Er ist die auf fünf Jahre direkt gewählte Vertretung der mittelfränkischen Bürgerinnen und Bürger. **Hier braucht es weiterhin starke sozialdemokratische Politik.**

Gesetzliche Grundlage in der Bayerischen Bezirksordnung

Art. 48

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises; Pflichtaufgaben

(1) Im eigenen Wirkungskreis sollen die Bezirke in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Einrichtungen schaffen, die für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nach den Verhältnissen des Bezirks erforderlich sind; hierbei sind die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu berücksichtigen.

(2) Im Rahmen des Absatzes 1 sind die Bezirke unbeschadet bestehender Verbindlichkeiten Dritter verpflichtet, nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften die erforderlichen Maßnahmen auf den Gebieten der Sozialhilfe, der Jugendhilfe, der Kriegsopferversorge, des Gesundheitswesens, des Sonderschulwesens, des Wasserbaus, der Denkmalpflege und der Heimatpflege zu treffen oder die nötigen Leistungen für solche Maßnahmen zu erbringen.

(3) Die Bezirke sind unbeschadet bestehender Verbindlichkeiten Dritter in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, die erforderlichen Einrichtungen oder Dienste

1.

für Psychiatrie und Neurologie, für Menschen mit einer Suchterkrankung sowie für Menschen mit einer wesentlichen Seh-, Hör-, und Sprachbehinderung zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben,

2.

für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung bereitzustellen, zu unterhalten oder zu fördern, soweit sie als zentrale Einrichtungen für das gesamte oder überwiegende Bezirksgebiet geboten sind und freie Träger hierfür nicht tätig werden.

Forderungen und Schwerpunkte für unsere Arbeit 2023-2028

Teilhabe stärken, Lebensqualität verbessern

Ausrichtung der Eingliederungshilfe auf Stärkung der Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen unserer Gesellschaft durch konsequente, personenzentrierte Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, des Bundeteilhabegesetzes und des neuen Betreuungsrechts.

Dazu gehört für uns auch die Realisierung von lebenswerten, zeitgemäßen Wohn- und Betreuungsangeboten in besonderen Wohnformen, d.h. stationären und teilstationären Angeboten der Eingliederungshilfe sowie die Sicherstellung von notwendiger Betreuung durch angemessene Personalschlüssel.

Förderung der Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen:

- Verstärkung der Zusammenarbeit des Bezirks Mittelfranken mit den Gemeinden, Städten und Landkreisen
- Verstärkung der Forderungen des Bezirketages an den Bayerischen Landtag und die Staatsregierung zur Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnungen

Förderung von Arbeit für Menschen mit Behinderung:

- Stärkung der Umsetzung des Budgets für Arbeit durch flächendeckende Information für Interessentinnen und Interessenten
- Verstärkung der Zusammenarbeit von Werkstätten (WfbM), Kommunen, Bezirk und Inklusionsämtern und mit dem Ziel, dass alle Menschen mit Behinderung den Arbeitsplatz bekommen, der ihren Fähigkeiten entspricht
- Ausbau der Förderung von Inklusionsbetrieben durch den Bezirk, Aufhebung der Deckelung
- mehr Inklusion auf dem 1. Arbeitsmarkt
- Mehr Arbeitsplatzangebote für Menschen mit Behinderung in Verwaltung und Einrichtungen des Bezirks

Umsetzung des KinderJugendStärkungGesetzes (KJSG) gemäß den im Gesetz festgelegten Grundsätzen, keine Schlechterstellung der Kinder und Jugendlichen bei Änderungen der Zuständigkeit für die bis 18-Jährigen

Unterstützung von Quartiersmanagement im Sozialraum in Städten und Landkreisen ausgehend vom Bezirks-Projekt „Ambulantisierung in Modellregionen“

Arbeitskräftemangel in sozialen Diensten und Einrichtungen sowie den Folgen der Teuerung von Energie- Lebenshaltungskosten entgegenwirken durch Flexibilisierung und Dynamisierung der Verhandlungen von Entgelten

Fortführung der Unterstützung des Mittelfränkischen Behindertenrats (MBR) und Stärkung der Zusammenarbeit

- Schaffung einer verbindlichen Dialogstruktur von MBR/Verwaltung/Politik mit dem Ziel der Schaffung von mehr Transparenz und Bürokratieabbau für Hilfeberechtigte; Rederecht in Gremien des Bezirks, ggfls. Initiativrecht, Antragsrecht)
- Förderung des Informations- und Erfahrungsaustauschs von Selbstvertretungen (Werkstatträte u.a.) durch den Bezirk durch mindestens eine jährliche Zusammenkunft

Förderung der Mobilität durch Sicherung des Behindertenfahrdiensts im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Bezirks

Förderung unterstützter Kommunikation

verstärkter Einsatz von Leichter Sprache in der Kommunikation des Bezirks und seiner Dienststellen

Durchführung eines Fachtags „sexuelle Gewalt und Belästigung gegenüber Frauen mit Behinderung“ mit dem Ziel, das Ausmaß zu erfassen, öffentliche Sensibilisierung zu schaffen und gemeinsam Strategien zur Vermeidung zu entwickeln

Fortführung des Inklusionspreises

Verlässliche, dezentrale Gesundheitsversorgung

Verstärkung der Unterstützung der Selbsthilfe durch KISS u.a.

Auf der Grundlage der Angebots- und Bedarfsanalyse von 2022 Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes „Versorgung von Menschen mit schweren chronischen psychischen Erkrankungen“, mit dem Ziel, für betroffene Menschen so viel Selbstbestimmung wie möglich, so viel Schutz wie nötig und Versorgung möglichst im Bezirk Mittelfranken zu gewährleisten zur Aufrechterhaltung sozialer Bindungen

Weiterer Ausbau und regelmäßige Evaluation der sozialpsychiatrischen Dienste sowie inhaltliche Weiterentwicklung, z.B. Ausbau der Zusammenarbeit der Krisendienste, des gerontopsychiatrischen Fachdienstes der Bezirksverwaltung und der gerontopsychiatrischen Fachkräfte in Mittelfranken

Unterstützung der palliativen Versorgung von Menschen mit Behinderung, insbesondere durch Hilfe bei der Ausbildung von haupt- und ehrenamtlichen Pflege- und Betreuungskräften

Fachliche Unterstützung, Förderung und Austausch von haupt- und ehrenamtlich Tätigen in der Senior*innenarbeit und von Senior*innen-Beiräten durch die Bezirksfachstelle Gerontopsychiatrie

Schaffung von Regelungen zur Förderung von besonderen Wohnformen für pflegebedürftige Senior*innen, z.B. Demenzwohngemeinschaften, Pflegewohngruppen u.ä.

Sicherstellung der Versorgung von Menschen mit Demenzerkrankungen in Demenzwohngemeinschaften u.ä. im Rahmen der Hilfe zur Pflege

Weiterer Ausbau der Pflegestützpunkte, Schaffung einer flächendeckenden, neutralen Beratungsstruktur in Mittelfranken

Fortsetzung Runder Tisch Sucht; konsequente Umsetzung der bereits beschlossenen Projekte, Fortführung der Konzepte für schwangere Frauen, Senior*innen und Migrant*innen

Errichtung von Drogenkonsumräumen auf der Grundlage der fraktionsübergreifenden Beschlusslage des Bayerischen Bezirktages

Beschäftigung von EX-IN-Genesungsbegleiter*innen fördern, u.a. durch Übernahme der Ausbildungskosten durch den Bezirk und Unterstützung zur schnelleren Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten

Bezirkskliniken: Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand

Neues Türschild in Ansbach: „Zentrale der Bezirkskliniken Mittelfranken“ statt „Unternehmenszentrale“

Neurologie in Erlangen (ZNR) Erlangen als öffentliches Gesundheitsangebot im Verbund der Bezirkskliniken halten, Zusammenarbeit mit den Universitätskliniken ausbauen, Vernetzung mit niedergelassenen Ärzten und ambulanten Hilfsstrukturen stärken

Ambulanten Angebote der Kliniken ausbauen, z.B. Hometreatment in der Gerontopsychiatrie, wirksame Kooperationen mit örtlichen und regionalen Hilfsstrukturen entwickeln bzw. ausbauen

Entwicklung und zügige Umsetzung eines inklusiven Zukunftskonzepts für die Soziotherapeutischen Wohnheime, Entwicklung von Therapieketten von der beschützten Wohnform bis zum betreuten Einzel- und Gruppenwohnen; bei dieser Erfüllung der Pflichtaufgabe der Bezirke nach § 48 Bezirksordnung Gewährleistung enger Zusammenarbeit zwischen stationärer Versorgung der Bezirkskliniken und der Eingliederungshilfe

Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie, stationär und ambulant

Sicherung der Zukunft der Geriatrischen Rehabilitation

Kostenneutraler Betrieb der derzeit im Bau befindlichen Klinik Treuchtlingen

Umsetzung von notwendigen Instandsetzungs- und Instandhaltungsaufwendungen zur kurzfristigen Sicherstellung qualitätsvoller Betreuungs- und Arbeitsplatzbedingungen

Sanierungskonzepte für Ansbach und Engelthal, die sich an Nachhaltigkeit und Klimaschutz orientieren, bessere Krankenhausfinanzierung in Bayern

Vorstand und Führungs- und Verwaltungsebene als Dienstleister für bestmögliche Medizin:

- Beibehaltung der Doppelspitze, aber Veränderung der Zuständigkeiten; bisherige Aufteilung in „strategische“ und „operative“ Zuständigkeit hat sich nicht bewährt, führte zur Hierarchisierung; Realisierung einer fachlichen Ressortverantwortung

- Reduzierung der Größe von Führungsebene/Overhead, Begrenzung der außertariflichen Führungskräfte, Zusammenarbeit aller Ebenen nach den Grundsätzen „Kooperation auf Augenhöhe und Transparenz“
- Stärkung der einzelnen Standorte, mehr Eigenverantwortlichkeit für die Standortleitungen, stärkere Kostentransparenz auf allen Ebenen
- Innovative Strategien zu Personalentwicklung und Personalbindung, proaktive Nutzung der Möglichkeiten des Tarifvertrags bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen, Begrenzung von Beschäftigung in Leiharbeit, politische Forderung nach Begrenzung von Leiharbeit vorantreiben
- Etablierung und Intensivierung eines klinikweiten betrieblichen Gesundheitsmanagements zur Förderung der Gesundheit der Mitarbeitenden und als Attraktivitätsfaktor der Arbeitgeberin Bezirkskliniken

Stärkung der Mitbestimmung: Sitz und Stimme für Personalräte/Gesamtpersonalräte in Verwaltungsräten AöR und Aufsichtsgremien als politische Forderung an den Freistaat über den Bezirkstag vorantreiben

Insourcing Service GmbH

Gemeinsame städtebauliche Entwicklung am Standort Erlangen auf den durch die Generalsanierung der Bezirkskliniken in den nächsten Jahren freiwerdenden Flächen; zügige Umsetzung des Beschlusses des Bezirkstages und des „Letters of Intend“ (gemeinsame Erklärung Bezirk und Stadt).

Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum für Beschäftigte der Bezirkskliniken durch schnellstmögliche Erweiterung des bereits vorhandenen Wohnungsbestandes auf dem Gelände des Klinikums Erlangen

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Beschäftigte der Bezirkskliniken im künftigen Stadtquartier in der Nachbarschaft der Kliniken

Inklusive Bildung, Kultur, Kinder- und Jugendarbeit

Bildung

Integration der Schulbegleitung in die Verantwortung und Organisation des gesamten öffentlichen Schulsystems in Bayern: Vorantreiben der politischen Forderung an Landtag und Staatsregierung über den Bezirkstag:

Pooling von Schulbegleiter*innen nach Abschluss des Modellprojektes als festes Regelangebot des Bezirks in allen Schulfamilien sichern

Inklusive, nachhaltige und zügige Generalsanierung des Zentrums für Hörgeschädigte

Weiterentwicklung inklusiver schulischer und beruflicher Bildung in den Einrichtungen des Bezirks durch moderne pädagogische Lern- und Raumkonzepte und Anwendung von Digitalisierung

Kultur

Weiterführung der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Zeit in Mittelfranken, mit dem Schwerpunkt „Euthanasie-Morde“; Beteiligung von Nachkommen und weiteren interessierten Bürgerinnen und Bürgern

Einbeziehung des Themas in den Unterricht an den Pflegeschulen Ansbach und Erlangen der Bezirkskliniken

Dauerhafte und angemessene Beteiligung des Bezirks am Projekt „Gedenk- und Zukunftsort Heil- und Pflegeanstalt Erlangen“ mit Fokus auf Gegenwart und Zukunft; Initiative des Bezirks zu Einrichtung eines Lehrstuhls „Disability Studies“ an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU)

nachhaltige und inklusive Weiterentwicklung des Fränkischen Freilandmuseums, Unterstützung der baldigen Errichtung des „KulturBauhofs“

Nachhaltigkeit und Inklusion beim „Fränkischen Sommer“ stärken, Ansprache eines breiteren Publikums über die „Hochkultur“ hinaus

Nachhaltigkeit in der Heimat- und Denkmalpflege stärken

Fortführung der Pflege jüdischer Kultur in Franken

Dokumentation und Förderung der Kultur der Migrantinnen und Migranten

Vielfalt durch soziokulturelle Angebote: Weiterführung der Förderung von Musik, Theatern und Museen

Dauerhafte Aufnahme des Museum Solnhofen als überregionales Aushängeschild in die Kulturförderung des Bezirks

Kinder- und Jugendarbeit

Umsetzung des aktuell fortgeschriebenen und vom Bezirkstag am 27.7.2023 beschlossenen Kinder- und Jugendpolitischen Programms

Bereitstellung der notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für die Jugendarbeit, Fortführung des Grundlagenvertrags zwischen Bezirk und Bezirksjugendring

Fortführung der Förderung von Einrichtungen und Projekten von Jugendarbeit und politischer Bildung zur Auseinandersetzung mit Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus als aktuelle Gefahr für Freiheit und Demokratie, z.B. Schule gegen Rassismus, Schule mit Courage

Separate Finanzierung von Gebärdendolmetscher*innen in der Jugendarbeit des Bezirksjugendrings durch Schaffung eines Fördertopfs beim Bezirk

Einbeziehung des Freistaates in die Generalsanierung von Burg Hoheneck, angemessene Beteiligung des Bezirks

Frieden bewahren

Stärkung des Zusammenhalts in Europa durch Gestaltung und Intensivierung der bestehenden Regionalpartnerschaften mit der Region Nouvelle-Aquitaine und ihren drei Départements Haute-Vienne, Creuse und Corrèze in Frankreich sowie mit der polnischen Woiwodschaft Pomorskie als Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung

Belebung der neuen Regionalpartnerschaft mit Südmähren in Tschechien

Natur, Umwelt und Klima schützen, nachhaltigen Tourismus fördern

Klimaneutralität der Bezirksverwaltung, der Bezirkseinrichtungen und bei der Nutzung bzw. Bewirtschaftung von bezirkseigenen Flächen früher als 2040

Weiterer Ausbau des Bildungszentrums für Landwirtschaft und Energie:

- Umsetzung der geplanten Energieberatungsgesellschaft des Landwirtschaftlichen Bildungszentrums Triesdorf unter Einbeziehung der Windkraft
- Beitrag des Bezirks zur Erhaltung alter Nutztierassen durch zügige Umsetzung der geplanten Kooperation des Landwirtschaftlichen Bildungszentrums mit Regens Wagner in Absberg zum Aufbau einer Gelbviehherde
- Steigerung des Anteils ökologischen Landbaus

Fortführung der Unterstützung der Regionalbewegung, Unterstützung und Steigerung regionaler Wertschöpfung

Neues Domizil für den Landschaftspflegeverband, Dynamisierung des Jahreszuschusses entsprechend der Tarifierhöhungen, Schaffung einer Beauftragung aus den Reihen des Bezirkstages

Fortführung der Förderung der Naturschutzverbände

Förderung von Naherholung und Tourismus, insbesondere der Seenzweckverbände, mit den Schwerpunkten Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit

Bezirk als Arbeitgeber – Finanzen und Liegenschaften

Bezirk als Arbeitgeber

Bezirksverwaltung und bezirkliche Einrichtungen: Dienstleister für Menschen mit Hilfebedarf und Garanten für nachhaltige Entwicklung aller Aufgabenbereiche

Gute Arbeit und Perspektiven für berufliche Weiterentwicklung sichern, Handlungsspielräume von Gesetzen und Tarifverträgen voll ausschöpfen

Zunehmendem Arbeitskräftemangel in der Bezirksverwaltung und den Bezirkseinrichtungen gegensteuern durch Beschleunigung und Ausweitung der Digitalisierung in den Verwaltungsabläufen (E-Akte) und in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern

Anforderungen an nachhaltige Personalentwicklung:

- Entwicklung von Maßnahmen/Angeboten zur Bindung von Mitarbeitenden an den Arbeitgeber „Bezirk“
- Steigerung des Anteils von Mitarbeitenden mit Behinderung
- Steigerung des Anteils von Mitarbeitenden mit Migrations- und Fluchthintergrund
- Beschäftigungskonzept für ältere Mitarbeitende, Festlegung/Vereinbarung von transparenten Verfahren und Kriterien für Weiterbeschäftigung nach Erreichen der Altersgrenze
- Schutz von Mitarbeitenden im mobilen Arbeiten („Homeoffice“) vor prekären Arbeitsbedingungen und Selbstausbeutung
- Intensivierung der Ausbildungsbemühungen in Bezirksverwaltung und Einrichtungen des Bezirks
- Ausbau dezentraler Beratung in den kreisfreien Städten und Landkreisen
- Umsetzung Richtlinie Sexismus am Arbeitsplatz, Einbeziehung kontinuierlicher Berichterstattung in den jährlichen Personal- und Gleichstellungsbericht

Verbesserung der Zusammenarbeit von Politik und Interessenvertretung der Mitarbeitenden: Beratungsrecht der Personalvertretung im Bezirksausschuss durch Stellungnahmen zum Personal- und Gleichstellungsbericht einschließlich der Richtlinie „Sexismus am Arbeitsplatz“, beim jeweiligen Entwurf für den Personalhaushalt, bei weiteren grundsätzlichen Personalthemen, z.B. der Umsetzung des Organisationsgutachtens und bei mitbestimmungspflichtigen, aber kontroversen Personalmaßnahmen

Realisierung von bezahlbaren Wohnangeboten für Mitarbeitende des Bezirks, seiner Einrichtungen und verbundenen Unternehmen

Finanzen

Kein Sozialabbau, keine Eingliederungshilfe nach „Kassenlage“

Konstanz bei der Bezirksumlage; frühzeitiger Dialog zur Entwicklung der Bezirksumlage, Fortsetzung der mittlerweile institutionalisierten mehrfachen jährlichen Finanzgespräche und des Informations- und Erfahrungsaustauschs mit den kreisfreien Städten und Landkreisen

Finanzierung von Investitionen durch angemessenen Anteil von Kreditaufnahmen, Sicherung/Schaffung von Werten durch rentierliche Schulden, bessere Stabilität der Bezirksumlage durch Umlegung von Kreditzinsen anstelle der direkten Finanzierung der Gesamtinvestition ausschließlich durch Rücklagen

Abbau von Schulden ohne Verzögerung/Gefährdung von notwendigen Hilfen und Investitionen

Einforderung des Tariftreue-Nachweises bei Ausschreibungen durch den Bezirk

Liegenschaften

Mehr Präsenz des Bezirks in der größten Stadt Mittelfrankens, mehr Bezirksbereiche und Einrichtungen nach Nürnberg durch Nutzung freiwerdender Raumkapazitäten

Umsetzung eines inklusiven Mehrgenerationenwohnprojekts auf dem Gelände des ehemaligen „Guts Eggenhof“, ggfls. Einbeziehung Neubau und konzeptionelle Weiterentwicklung des soziotherapeutischen Wohnheims

Sinnvolles Nutzungskonzept für das vom Verfall bedrohte „Männerhaus“ in Uttenreuth durch Einbeziehung in das inklusive Mehrgenerationenwohnprojekt

Bei Aktivierung bezirkseigener Flächen für Wohnprojekte und Wohnfolgeinfrastruktur Vorrang von Gemeinwohlorientierung vor Immobilienhöchstpreisen sowie Verpachtung/Erbpacht vor Verkauf öffentlichen Eigentums